



Rundbrief Mongolei Juni 2014

Dieser Rundbrief ist wieder umfangreich, da einige längere Artikel enthalten sind. Zur Orientierung hier ein Übersicht:

1. AREVA aus Onon im Sukhbaatar-Aimag vertrieben
2. Letzte Instanz im Verfahren gegen die Aktivisten von „Gal Undesten“
3. Verabschiedung Landgesetz zugunsten ausländischer Investoren verschoben
4. Anti-Atom-Aktion vom 9.6.2014
5. Neues aus Ulaanbadrach
6. „Der Fluch des Kupfers“ - die Mongolei aus der Sicht ausländischer Investoren
7. „Das Ende der Rohstoffparty – eine Stadt am Abgrund“ - ein Bericht aus dem australischen Moranbah, der wie ein Menetekel die Risiken der ungehemmten Ausplünderung einer Landschaft für die betroffenen Menschen beschreibt.

1. AREVA aus Sukhbaatar Aimag vertrieben

Bisher haben wir uns auf die Ereignisse in Ulaanbadrach konzentriert, wo in erheblichem Umfang das Weidevieh im Umkreis der URAN-Aktivitäten von AREVA (Kogegobi) verendet, und wo das Zentrum des Widerstands gegen den Uran-Abbau liegt. Ganz aktuell erreichen uns Bilder und die Nachricht, dass AREVA im Onon Sum im Sukhbaatar Aimag von Umweltschützern und Anwohnern vertrieben wurden, wo AREVA ebenfalls eine weitere Lizenz für URAN-Erkundungen und eventuellen Uranabbau bekommen hatte. Dieses Gebiet nahe der chinesischen Grenze ist auch als Dariganga (eine Volksgruppe in der Mongolei) bekannt. AREVA selbst spricht von dieser Erkundungsstelle als der zweiten großen Mine, die nach Ulaanbadrach von AREVA geplant sei. Wir bleiben am Ball.





Rundbrief Mongolei Juni 2014



2. Letzte Instanz gegen die Aktivisten von „Gal Undesten“

Ende Juni wird nun in dritter und letzter Instanz vermutlich das Urteil gegen die Aktivisten von „Gal Undesten“ gesprochen. Wir erinnern uns: Am 16. September verhinderten diese in einer spektakulären Aktion die Verabschiedung einer Novellierung des sogenannten „Gesetzes mit dem langen Namen“, durch die wesentliche Teile des mongolischen Umweltschutzes zugunsten des unkontrollierten Bergbaus gekippt worden wären. Die Aktivisten waren in erster Instanz zu bis zu 21 Jahren und sechs Monaten verurteilt worden. Das Urteil war in zweiter Instanz für fast alle Verurteilten auf etwa die Hälfte reduziert. Nun also die dritte Instanz.

Wir dokumentieren hier die Sicht der Angeklagten in einer von uns erstellte Übertragung. Die englische Fassung der Stellungnahme ist auf unserer Webseite www.munx-tenger.de zu finden:





Rundbrief Mongolei Juni 2014

Einspruch an das Berufungsgericht Nr. 10

24. Februar 2014

Indem wir

- die gesetzlichen und zugesicherten Rechte aller Mongolen geschützt haben,
 - unsere Bürgerpflichten erfüllt haben, und
 - die angemessenen Mittel eingesetzt haben,
- haben wir die unbestreitbare Bedrohung für das Land, die Unversehrtheit, die nationale Sicherheit und die mongolische Unabhängigkeit abgewendet.

Um die Gefahr für unserer Nation abzuwenden mussten wir die Mittel wählen, die wir eingesetzt haben. Wir sind dabei dem Prinzip gefolgt, niemandem während der Aktion Schaden zuzufügen.

Wir haben dabei alles getan, um die Gefahr einer Explosion zu minimieren und das unbeabsichtigte Abfeuern einer Feuerwaffe zu verhindern.

Die unmittelbare Bedrohung (am 10. September 2013 hat die Regierung einen Entwurf zur Novellierung des Gesetzes über das Verbot des Bergbaus in der Nähe von Quellen, Schutzzonen und Wäldern eingebracht; eine erste Lesung im Parlament war für den 16. September in einer außerordentlichen Parlamentssitzung geplant) ist ein offener Bruch einer gerichtlichen Anordnung, der Mongolischen Verfassung und des Strafrechts sowie der Bestimmungen internationaler Abkommen, denen die Mongolei beigetreten ist. Dieser ungesetzliche, offene Angriff auf das nationale Recht der Mongolei mit der möglichen Folge großen Schadens hat uns zu unserem Versuch veranlasst, unsere Rechte zu verteidigen.

Dies vorausgeschickt will ich die gesetzlichen Grundlagen und Beweise aus den Gerichtsakten ausführen.

1. In Bezug auf die Untätigkeit und das Handeln der Regierung bezüglich einer gerichtlichen Anordnung

1.1. Schon vor zwei Jahren und 4 Monaten hat der Oberste Gerichtshof der Mongolei am 20. Oktober 2011 in seiner Entscheidung Nr. 687 geurteilt: „Die mongolische Regierung muss ihre Verpflichtung erfüllen, wie sie in Kapitel 1 der Ausführungsbestimmungen nach Verabschiedung des Gesetzes zum Verbot der Exploration von Bodenschätzen und des Bergbaus in der Nähe von Quellen, Schutzgebieten und Wäldern festgelegt sind, sowie den Beschluss des mongolischen Parlaments Nr. 55 vom 16. Juli 2009 befolgen“. Stattdessen hat die Regierung sich weder an diese Entscheidungen gehalten, noch hat sie es überhaupt versucht.





Rundbrief Mongolei Juni 2014

1.2. Tatsächlich hat die Regierung am 10. Juli 2013 eine Gesetzesänderung zu diesem Gesetz eingebracht, die sich gegen dieses Urteil des Gerichts richtet.

1.3. Der Antrag einer Gesetzesnovelle richtet sich direkt gegen das höchst-richterliche Urteil und untergräbt die Autorität des Gerichtshofes.

1.4. Als Beweis für diese Untätigkeit und (stattdessen) andere Aktionen wird auf die Prozessakten (Ordner 14, Seiten 149-153, 237-246) verwiesen.

2. In Bezug auf den Vorwurf des Bruchs der mongolischen Verfassung durch die Regierung

Im folgenden verweisen die Angeklagten auf:

2.1. Die Missachtung des „Gesetzes mit dem langen Namen“ sowie des entsprechenden Gerichtsbeschlusses.

2.2. Missachtung des Artikel 6 der mongolischen Verfassung: „Das Land, sein Inhalt, die Wälder, das Wasser, die Tiere, die Pflanzen und die anderen natürlichen Ressourcen gehören allein dem mongolischen Volk und stehen unter staatlichem Schutz“. Missachtung von Absatz 2 des Artikels 50, der besagt, dass „die Urteile des Obersten Gerichtshofs der Mongolei endgültig sind und alle Gerichte und betroffenen Körperschaften seine Entscheidungen befolgen müssen.“ Artikel 38 macht die Regierung verantwortlich für die Umwelt, den vernünftigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Artikel 16 garantiert der mongolischen Bevölkerung „ein Leben in einer gesunden und sicheren Umwelt, sowie Schutz vor der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts“. Artikel 1 garantiert das Recht als das fundamentale Prinzip des Staates und Artikel 70 formuliert, dass alle Aktivitäten von Organisationen und Personen in Übereinstimmung mit der Verfassung vonstatten gehen sollen.

All diese Artikel wurden von der Regierung gebrochen.

3. In Bezug auf der Vorwurf des Bruchs des Strafgesetzes

3.1. Paragraph 258.1 des Strafgesetzbuches sagt: Wer absichtlich Gerichtsurteile oder Anordnungen des Gerichts nicht befolgt oder deren Durchsetzung behindert, soll mit einem Strafgeld belegt, arrestiert und zu einer Arbeitsstrafe oder einer Gefängnisstrafe verurteilt werden.

3.2. Zweck des Strafrechtes ist der Schutz der mongolischen Unabhängigkeit, der nationalen Sicherheit, der Menschenrechte, der Freiheit, des öffentlichen und privaten Eigentums, der nationalen Schätze, der Umwelt, des gesetzlichen Rahmens, des Friedens und der Unversehrtheit der Menschen vor kriminellen Angriffen.

3.2.1. Der Entwurf einer Novelle zum „Gesetz mit dem langen Namen“ war ein krimineller Akt und richtet sich direkt gegen ein gültiges Gerichtsurteil mit der Absicht, seine Umsetzung zu verhindern. Er wurde von der Re-



Rundbrief Mongolei Juni 2014

gierung eingebracht auf Veranlassung einheimischer und internationaler politischer und wirtschaftlicher Gruppen und ist ein direkter Angriff auf die mongolische Unabhängigkeit und Nationale Integrität. (Die Angeklagten bekräftigen ihre Bereitschaft, dies durch Zeugenaussagen zu präzisieren).

3.2.2. Wenn wir am 16. September 2013 diesen Versuch der Novellierung des Gesetzes nicht gestoppt hätten, wären 1782 Bergbaulizenzen wieder in Kraft gesetzt worden und es hätte sich die Geschichte der letzten 20 Jahre wiederholt, in denen wir insgesamt 4000 Flüsse, Ströme, Wasserläufe und Quellen verloren haben, über 1300 Seen und Teiche sind ausgetrocknet. Dies hat zu einer Zerstörung des schon gefährdeten ökologischen Gleichgewichts geführt. 2011 zeigten einige Studien, die in Übereinstimmung mit anerkannten Standards der Bewertung von Umweltschäden vorgenommen wurden, dass 235 dieser 1782 Minen bereits einen Schaden von 1,161,451,800,000 Mongolischen Tugrik (Dies entspricht in etwa 5-6 Milliarden EUR) verursacht haben.

3.2.3. Wenn wir diesen ungesetzlichen Versuch – ausgelöst durch den Druck der Inhaber dieser 1872 Lizenzen – nicht gestoppt hätten, wären 180.000 Haushalte der traditionellen mongolischen Weidewirtschaft von ihrem von den Vorfahren genutzten Weideland vertrieben worden.

3.2.4. Geographisch ist die Mongolei ein einzigartiger Speicher für Frischwasser in der ganzen Region. Sie spielt eine lebenswichtige Rolle für die Qualität des Frischwassers, das von hier in die Arktis, den Pazifik und in die zentralen asiatischen Wasserspeicher fließt. Der Versuch, das Gesetz zu kippen, ist ein krimineller Akt, der die Rolle der Mongolei in der internationalen Gemeinschaft zum Schutz des Frischwasser verspielt.

4. Zum Bruch internationaler Vereinbarungen, denen die Mongolei beigetreten ist.

Mit dem Versuch, das „Gesetz mit dem langen Namen“ zu revidieren, bricht die mongolische Regierung folgende internationale Vereinbarungen:

4.1. Die UN-Konvention über den Klimawandel

4.2. Die RAMSAR Übereinkunft für Feuchtgebiete

4.3. Die Menschenrechtserklärung

4.4. Den internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

5. Die Untersuchung war einseitig und unvollständig

5.1. Unsere vielfältigen Anträge an Staatsanwalt Enkhbayar B. und Richter Aldar, wichtige Zeugen zu vernehmen, die viel zu einem vollständigen und aktuellen Bild der Ereignisse beitragen sollten, wurden ohne weitere Begründung abgelehnt. Auf diese Weise wurden unsere verfassungsmäßigen





Rundbrief Mongolei Juni 2014

Rechte beschnitten und es wurden wesentliche Informationen zu den Ereignissen vom 16.9.2013 zurückgehalten und wurden dementsprechend in der Entscheidung nicht berücksichtigt.

6. Das Urteil basiert auf falschen Annahmen.

6.1. Weil die gesamte Untersuchung fehlerhaft geführt wurde, viele Beweise nicht zur Kenntnis genommen wurden, folgte das Urteil dem Büro des Staatsanwalts weit ab von der Realität.

Es ist sehr bedauerlich, wie das Gericht seine eigene frühere Rechtsprechung missachtet hat, wie es den Bruch der Verfassung, des Strafgesetzbuches, der internationalen Vereinbarungen ignoriert hat, mit der Konsequenz, das Vorgehen der Regierung beim Bruch fundamentaler Rechte und allgemeiner menschlicher Werte zu decken.

6.2. Das Urteil wirft uns vor, mit Bomben gedroht zu haben, wenn nicht unsere Forderungen erfüllt würden. Dies haben wir nie getan. Im Gegenteil: Wir haben mit unserer Aktion verhindert, dass die Regierung mit ihrem kriminellen Versuch durchkam, die Gesetze zu ändern.

Der folgende Absatz ist nicht übersetzt, da die entsprechenden Vorschriften des mongolischen Strafrechts uns nicht bekannt sind. Es scheint aber darum zu gehen, dass eine kriminelle Vereinigung ein ökonomisches Ziel haben muss. Dies wird von den Angeklagten bestritten und sie führen aus:

Unser Ziel ist es „unsere Nation zu retten“ und wir haben geschworen, unser Leben für den Schutz unserer nationalen Rechte zu opfern.

Wir haben nie beabsichtigt, unsere mongolischen Mitbürger zu bedrohen oder in Gefahr zu bringen. Es ist durch Experten bewiesen, dass alle Waffen, die wir mit uns geführt haben, gesichert waren und Handgranaten und Sprengstoff (TNT) demontiert waren. Das Gericht stützte seine Entscheidung auf die Betrachtung möglicher Folgen zukünftiger Ereignisse, so als ob es die an den Haaren herbeigezogenen Schlussfolgerungen des Staatsanwalts schützen wolle.

Das Gericht berücksichtigte nicht, dass wir die Untersuchung freiwillig unterstützt haben, die verbliebene Munition sicherzustellen und Presse und Polizei über ihre Lagerorte informiert haben.

7. Zur Beweiswürdigung durch das Gericht

7.1. Das Gericht berücksichtigte unser Anliegen, die Novellierung des „Gesetzes mit dem langen Namen“ zu verhindern und endlich seine Durchführung zu beginnen nicht. Es berücksichtigte jedoch nicht die Untätigkeit der Regierung (siehe auch oben). Ohne diesen Zusammenhang zu würdigen, konnte das Gericht unmöglich zu einer legitimierten Entscheidung kommen.





Rundbrief Mongolei Juni 2014

8. Gesetze, die hätten berücksichtigt werden müssen

8.1. Unsere Aktion am 16. September 2013 sollte die illegalen Versuche der Regierung beenden, die die mongolische Unabhängigkeit bedrohen, die nationale Sicherheit und das Recht der Mongolen, in einer gesunden und sicheren Umwelt zu leben. Damit steht sie in Übereinstimmung mit: Paragraph 40.1 und 40.2. des Strafgesetzbuchs (Notwehr). Damit waren unsere Aktionen im Interesse des Staates und der Gesellschaft und für die Rechte des Volks notwendig, und können nicht als Verbrechen beurteilt werden.

- Jeder Bürger, unabhängig von Beruf, gesetzlichen Pflichten oder spezieller Ausbildung hat dieses Recht zur Notwehr.
- das Recht auf Notwehr wird nicht eingeschränkt durch die Vermeidung gesellschaftlich gefährlicher Aktionen oder die Pflicht, Hilfe bei Offiziellen oder anderen Personen zu bekommen;
- In Übereinstimmung mit Paragraph 42.1. des Strafgesetzbuches: Wenn in einem Versuch, gesellschaftliche Interessen, Recht auf Leben, Freiheit oder andere Rechte zu verteidigen, andere, mindere Rechte verletzt werden als die, die geschützt werden sollen, und wenn es keine andere Möglichkeit gibt, diese Rechte zu schützen, dann sind diese Gesetzesverstöße nicht zu ahnden.

8.2. Die Tatsache, dass wir über die offizielle Notfallnummer das Versteck des Sprengstoffs bekanntgegeben und Informationen zu seiner Sicherstellung gegeben haben, und dass wir freiwillig das Versteck der restlichen Granaten angegeben und sie den Sicherheitsbehörden übergeben haben, sollte entsprechend Paragraph 177.2 strafmildernd wirken. In Paragraph 185.2 des Strafgesetzbuches ist geregelt, dass bei freiwilliger Aushändigung von Feuerwaffen, Kriegswaffen, Sprengstoff, die ohne die erforderliche Genehmigung gelagert worden seien, eine Strafe entfallen könne.

So bitten wir um die Aufhebung des Urteils 126 vom 21. Januar 2014 des Bezirksgerichts, weil wir fälschlicherweise angeklagt wurden aufgrund falscher Interpretationen von Gesetzen und verlangen die Wiederherstellung unserer Freiheit und bürgerlichen Rechte.

Bitte ermöglichen Sie uns einen fairen Prozess entsprechend dem Artikel 14, Absatz 16 der mongolischen Verfassung und ermöglichen Sie es uns, uns in diesem Prozess selbst zu vertreten.

Beschwerde geschrieben von

Munkhbayar Ts.

Tumurbaatar D.

Boldbaatar G.





Rundbrief Mongolei Juni 2014

3. Landgrabbing vorerst verschoben

In kaum einem Land der Welt ist der Erwerb von Grundbesitz durch Ausländer leicht oder auch nur erlaubt. Speziell die mongolische Verfassung erklärt bis heute das mongolische Land zum unveräußerlichen Eigentum des mongolischen Volkes.

Dies hindert aber ausländische Investoren nicht daran, mit aller Macht die Verfügungsgewalt über den sie interessierenden Boden zu erhalten. Tatsächlich geht dies über ein Bodenrecht, das eine möglichst lange Nutzung durch den Investor garantiert. Diesen Interessen hat die mongolische Regierung durch ein Landrecht entsprechen wollen, das es den ausländischen Investoren erlauben soll, Boden auf 60 Jahre mit einer Verlängerung von weiteren 40 Jahren zu bekommen. Ein solches Bodenrecht entspräche unseren Rechtstiteln einer Erbpacht – also eines de facto unbeschränkten Zugriffsrecht auf die „eigentlich“ geschützte Ressource Boden.

In der allgemeinen Diskussion wird ein solcher Ausverkauf von Boden als Landgrabbing bezeichnet, wie er derzeit in vielen Ländern des Trikont vonstatten geht. Insbesondere landwirtschaftlich nutzbare Flächen werden in vielen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens auf diese Weise den traditionellen Nutzern entzogen, die finanziell den Investoren unterlegen sind. In aller Regel führt diese Abgabe von Boden zu einer Verstärkung zur Entvölkerung des Lands und zur Vergrößerung der verarmten Stadtbevölkerung.

In der Mongolei hat es gegen diesen Gesetzentwurf massive Proteste gegeben, so dass die für den Sommer geplante erste Lesung erst einmal verschoben wurde.

4. Anti-Atom-Aktion am 9.6.2014 in UB

Am 9. Juni 2014 fand in UB eine größere Aktion der Anti-Atom-Bewegung mit mehreren Hundert Teilnehmern statt. Die Fotos sind unter <https://www.facebook.com/media/set/?set=a.935206693160416.1073741858.2631008> zu sehen. Einige stellen wir hier zur Verfügung. Die Aktivitäten der Atomkraftgegner in der Mongolei scheinen nicht ganz ohne Wirkung zu bleiben. In weiteren Aktionen auf dem ehemaligen Sukhbaatar-Platz (Heute: Dschingis-Khaan-Platz) wurden die Forderungen an die Öffentlichkeit gebracht. Dabei traten verschiedenste Umwelt-Organisationen in Erscheinung: von den Vertretern der Viehzüchter mit ihrer Organisation „Gal Undesten“, über die Atomgegner von GOLOMT bis hin zu den äußerst militanten und mit Hakenkreuzen provozierenden Nationalisten war alles vertreten. Der Verfasser möchte bei seiner nächsten Mongoleireise dieses verschiedenen Gruppen genauer kennenlernen und darstellen.

Das Deutsche Radio Ulaanbaatar berichtete über diese Aktion:
Proteste gegen den Uranabbau in der Mongolei

Am 9. Juni fand in Ulaanbaatar auf dem Dschingis-Khaan-Platz (ehemaliger Sukhbaatar Platz) eine kleine Demonstration gegen den Uranabbau im Südosten der Mongolei statt. Die Demonstranten trugen Plakate, auf denen unter anderem „Kampf für eine uranfreie Mongolei“ und „Die Antikorruptionsbehörde muss Bürgermeister P. Gankhuyag überprüfen“ zu lesen war. An der Demonstration nahmen auch einige Viehzüchter aus dem Landkreis Ulaanbadrakh in der Provinz Dornegobi teil, wo eine Tochterfirma des französischen Atomkonzerns „Areva“ Uran fördert.





Rundbrief Mongolei Juni 2014



5. Neues aus Ulaanbadrakh

Da ist die Übersetzung der Aussage einer Viehzüchterin aus dem Bezirk Ulaanbadrakh, die konkret das Leid ihrer Tiere beschreibt. Wenn hier nicht bald die Ursachen identifiziert und abgestellt sind, so werden in diesem Bezirk bald allen Viehhaltern die Existenzgrundlagen entzogen sein. Dementsprechend ist neben der Forderung nach einem Stopp aller Bergbauaktivitäten um die Uranminen der AREVA die Einsetzung einer unabhängigen Kommission, deren Vertreter das Vertrauen der Betroffenen haben, die unmittelbare nächste Forderung. Bis heute ist außer der Evidenz, dass mit Beginn der Probebohrungen nach Uran diese Tierverluste einhergehen, die an anderen Orten der Mongolei unbekannt sind, eine konkrete Untersuchung nicht durchgeführt worden. Es kann eine permanente Inhalation von Radon die Ursache sein, es kann die Aufnahme von Radio-Nukleiden und giftigen Schwermetallen aus durch den Wind verfrachteten Stäuben sein. Es kann aber auch kontaminiertes Grundwasser sein. Ob vergrößerte Lungen tatsächlich ein Lungenemphyseme sind, wie die Viehzüchterin aussagt, ist unklar. Es sind ja nicht nur ältere Tiere, deren Lungen viel zu groß sind, sondern es sterben auch Jungtiere kurz nach der Geburt,



Rundbrief Mongolei Juni 2014

weil sie offenbar an der Lunge geschädigt sind. Die genaue Ursache zu finden wäre Gegenstand der Untersuchung, die bis heute verweigert wird.

Wir dokumentieren hier die Aussagen von Betroffenen aus Ulaanbadrakh: die einer alten Viehhalterin sowie die Aussage eines Bürgermeisters.

Die Filme zu diesen Aussagen sind erhältlich unter:

<http://golomt.org/2014/04/15/spring2014/>

Gespräch mit einer alten Viehzüchterin

Ich bin Viehzüchterin der 3. Brigade des Dorfes Ulaanbadrakh des Ost-Gobi Ajmags. Bei uns in der Nähe betreibt „Kojegobi“, ein Tochterunternehmen des französischen AREVA-Konzerns, eine Uranmine. Ich erlebe am eigenen Leibe, wie unsere Kindeskiner und unsere Tiere unter den Folgen des Uranabbaus leiden. In der näheren Umgebung der Uranmine werden missgebildete Jungtiere mit zwei oder drei Beinen sowie verhaltensgestörte Tiere geboren. Es weitet sich von dort auch in die anderen Regionen aus. Die Nomaden der 3. Brigade kämpfen mit aller Kraft dagegen. Aber unsere Worte erreichen weder die Regierung noch den Präsidenten. Warum opfern sie uns für ausländische Firmen? Unsere Kinder, die in der Uranmine arbeiten, werden erkranken und wir alle hier werden schließlich daran sterben. Es fängt mit den Tieren an. Auch wir Menschen werden davor nicht verschont bleiben. Unsere Regierung scheint uns, Viehzüchter, für dumm und ungebildet zu halten.

Mag sein, dass sie selbst von all dem reichlich profitieren. Aber Geld kann man weder essen noch nützt es etwas wenn man unheilbar erkrankt. Ich frage mich, wie unsere Regierenden das Ganze hier sehen? Wir müssen hart dagegen kämpfen, sage ich.

Meine jüngste Tochter lebte hier mit ihrem Mann glücklich und zufrieden mit ihren 1000 Tieren. Aber jetzt sterben die Tiere massenhaft oder sie leiden an Lungenemphysemen. Ihre besten Kamelhengste sind weggestorben. Unser Pferch da draußen ist voll mit stark geschwächten Tieren. Sie haben allesamt Atemnot. Damit ist unsere Existenz bedroht.

Unser Trinkwasser ist kontaminiert. Sehen Sie, unser Enkelkind bekommt deswegen auch Ausschläge. Zeig mal her. Hier, sehen Sie die Narben? Momentan sind die Ausschläge zurückgegangen. Es kommen rote, juckende Ausschläge. Kratzt man sie, blutet das Ganze. Ärzte im Krankenhaus sagen, es sei angeblich eine „vererbte Krätze“. Wir glauben diesen Unsinn nicht und diskutieren darüber.

Es wurde offensichtlich festgestellt, dass unser Trinkwasser kontaminiert sei. Der Landrat hätte das Ergebnis der Wasseruntersuchung bekommen. Er hat uns dieses aber bislang nicht vorgelegt. Und wir bekommen keinerlei Informationen von ihm. Den ganzen Winter, das ganze Frühjahr sogar das ganze Jahr warten wir jetzt schon darauf. Ich verstehe es nicht, warum er uns das Ergebnis der Wasseranalyse immer noch nicht präsentiert.

Durch das verseuchte Tiefenwasser wird die ganze Umgebung hier unbewohnbar. Wo sollen wir denn hinziehen, wenn wir von hier wegziehen müssen? Eine Katastrophe ist es hier. Über all diese Probleme beschweren wir uns schon seit Jahren. Wir finden weder bei dem „Landrat“, noch bei den Regierenden in der Hauptstadt ein offenes Ohr für unser





Rundbrief Mongolei Juni 2014

Anliegen. So denke ich doch, dass die da oben unseren Grund und Boden sowie unsere Ressourcen an ausländische Konzerne verkauft haben.

Ganzorig: Buergermeister des Dorfes Ulaanbadrakh

Ich heiße Ganzorig und bin der Bürgermeister des Dorfes Ulaanbadrakh des Ost-Gobi Aimaks. Auf dem Territorium unseres Dorfes betreibt „Kojegobi“, die Tochterfirma des französischen Unternehmens AREVA, eine Uranmine. Die Viehzüchter unseres Dorfes bekommen die negativen Folgen der Uranförderung besonders zu spüren. Missgebildete Tiere werden gehäuft geboren. Den Tieren fallen büschelweise die Haare aus. Die Existenzgrundlage der Nomaden ist somit akut bedroht. Besonders die Nomaden der 3. Brigade sind hiervon betroffen. Alle 1500 Einwohner des Dorfes Ulaanbadrakh sind gegen diese extrem umweltbelastenden Bergbauaktivitäten. Ein Beschwerdebrief mit einer Unterschriftenliste wurde von uns an die mongolische Regierung überreicht. Die ganze Region kämpft gegen „Kojegobi“, bzw. AREVA. Die derzeitige Lage ist auf Grund dieser Problematik sehr gespannt.

Quelle: <http://golomt.org/2014/04/15/spring2014/>
Uebersetzt von Ono

6. Der Fluch des Kupfers

Dieser Artikel aus der WELT am SONNTAG ist vom 8. Juni 2014; er wurde am 12.6.2014 in der Tageszeitung „Die Welt“ erneut abgedruckt. Hier wird aus einer in keiner Weise kritischen Sicht recht aufschlussreich das Dilemma der mongolischen Politik beschrieben: Der Druck der ausländischen Investoren, die Rohstoffe der Mongolei möglichst schnell und zu Bedingungen auszubeuten, die allein den Profit der Investoren im Auge haben, auf der einen Seite. Auf der anderen Seite die Verwerfungen innerhalb der mongolischen Gesellschaft, in der einige wenige Superreiche an diesem Boom teilhaben können, während die Menschen auf dem Land und die vielen entwurzelten Slumbewohner in Ulaanbaatar jede Perspektive verlieren. Konkret spielen sich die damit verbundenen Kämpfe in den Diskussionen um das Umweltschutzgesetz („Gesetz mit dem langen Namen...“) und das Bergbaugesetz ab. Jede Verschärfung der Umweltschutzaufgaben wird von den internationalen Investoren mit dem Rückzug aus der Mongolei quittiert, jeder Versuch, den Anteil der Mongolei an den Profiten aus dem Bergbau zu erhöhen, führt zu Entlassungen von Arbeitern bis hin zur Androhung, das Engagement einzustellen. Gleichzeitig sieht die mongolische Regierung in der Förderung des Bergbaus die einzige Möglichkeit, Geld in die berschuldete Staatskasse zu bekommen. In diesem Zusammenhang muss die Offensive der mongolischen Regierung zu sehen sein, Investoren einzuladen. Die Aktivitäten anlässlich des 40. Jahrestags der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland (West) und der damaligen Volksrepublik Mongolei sind eindeutig als eine Einladung für ausländische Investoren geplant.

Welt, 12.6.2014 unter dem Titel
„Das Steppenland, das so reich wie Dubai sein könnte“

Die Mongolei sitzt auf riesigen Rohstoffschtzen, jeder Einwohner ist theoretisch Millionär. Dass das Land nicht schnell reich wird, liegt an der Regierung – und an einem 85 Millimeter großen Problem.





Rundbrief Mongolei Juni 2014

Nina Trentmann aus Ulan-Bator

Das Volk der Mongolen zog zu Hunderttausenden in die Hauptstadt Ulan-Bator. Der Rohstoffreichtum versprach Wohlstand für alle. Dann kamen die Probleme.

Hier, auf dem Markt im Bezirk Denjin 1000 im Norden von Ulan-Bator, verkaufen sie vor allem eines: Fleisch. Die Schafskadaver liegen in offenen Lkw, ohne Fell, ohne Füße, ohne Kopf. Davor sitzen Frauen und Männer auf kleinen Schemeln und warten auf Kundschaft. Nebenan stehen Säcke mit Mehl und Gewürzen; Toilettenpapier, Besen und Putzmittel werden ebenfalls aus dem Container heraus verkauft.

Auf dem sogenannten Falkenmarkt kaufen die neuen Bewohner das Wenige ein, das sie sich leisten können. Die Neuen, das sind jene Mongolen, die ihre Herden in der Steppe gegen ein Leben in der Stadt eingetauscht haben. Sie wohnen in Schuppen und runden Zelten, den Gers, unter Wellblechdächern, ohne Strom, ohne Kanalisation. In den Siedlungen gibt es nur wenige richtige Straßen, stattdessen staubige Pisten. Sie sind noch nicht lange da, die Ger-Siedlungen. Vor etwa 15 Jahren waren die Hügel am Rande der Hauptstadt noch grün und unbebaut.

Doch nicht überall sieht man nur Armut. Inmitten der Verwahrlosung steht ein schwerer, schwarzer Geländewagen auf dem Parkplatz – ein VW Touareg. Er parkt nur wenige Meter von der Stelle entfernt, an der zwei halbwüchsige Kinder mit Müll spielen. Auch das Nuht-Tal zeigt diesen Kontrast. Große Kräne thronen über den Baugruben. Hier entstehen Stadthäuser und Apartments, nur wenige der Grundstücke sind noch zu haben, für eine Million Dollar und mehr. Auch hier gab es vor einigen Jahren praktisch nichts, nur Staub, Felsen und Tannen. Heute sollen sich an dieser Stelle die Wohnträume der Neureichen erfüllen.

Es ist der Rohstoffboom, der die Menschen nach Ulaanbaatar lockt und ihnen Hoffnung auf ein besseres Leben macht. Rund 500.000 Mongolen sind in den vergangenen zehn Jahren in die einzige große Stadt des Landes gezogen. In Wellblechhütten, aber auch in Luxusvillen. Knapp eine Million Menschen leben inzwischen hier. Das ist viel, gibt es insgesamt doch nur knapp drei Millionen Mongolen – in einem Land, das fünfmal so groß ist wie Deutschland.

Die Menschen sind in die Stadt gezogen, um dort ihr Glück zu versuchen und vom sagenhaften Aufschwung zu profitieren, den der Rohstoffreichtum ausgelöst hat. Doch ihr Traum vom Wohlstand wird gerade auf eine harte Probe gestellt. Denn nach Jahren des Booms – 2011 wuchs die mongolische Wirtschaft um 17,5 Prozent – hat sich das Wachstum verlangsamt. Internationale Investoren haben dem Land den Rücken gekehrt. Sie beklagen investitionsfeindliche Gesetze, den Mangel an neuen Lizenzen für den Rohstoffabbau und die grassierende Korruption.

Die langfristigen Aussichten sind eigentlich gut. Die Mongolen sitzen auf riesigen Kupfer-, Kohle- und Goldvorräten. Der Rohstoffreichtum ist jedoch auch ein Fluch. Macht er das Land doch stark von globalen Konjunkturzyklen und von der Nachfrage des ungeliebten Nachbarn China abhängig. Die Regierung reagiert und investiert nun in die Infrastruktur und fördert die heimische Produktion. Der Ausbau der Oyu-Tolgoi-Mine, einer der größten Kupfer- und Gold-Förderstellen der Welt, soll noch in diesem Frühsommer





Rundbrief Mongolei Juni 2014

beschlossen werden. Das könnte die Geldströme auf ein Neues in die Mongolei leiten und die internationalen Investoren zur Rückkehr bewegen. Viele einheimische Unternehmer sind denn auch optimistisch. „Ich würde sagen, die Aussichten sind großartig“, sagt Bayanjargal Byambasaikhan, Vorsitzender des Business Council of Mongolia und Chef von Nova Terra, einem Unternehmen, das Infrastrukturprojekte finanziert. „Es ist ein Segen, wir sind drei Millionen, und der Kuchen wird immer größer.“

Dass überhaupt schon von diesem Kuchen gekostet werden kann, hat das Land vor allem ausländischen Geldgebern zu verdanken. Sie kamen in Scharen, als der erste Teil der Oyu-Tolgoi-Mine gebaut wurde, ein Übertagebau, in dem seit dem vergangenen Jahr vor allem Kupferkonzentrat produziert wird. „Oyu Tolgoi hat die ausländischen Direktinvestitionen angekurbelt“, bestätigt Jim Dwyer, Direktor des Business Council, „über sechs Milliarden Dollar wurden in den ersten Teil der Mine gesteckt.“

2011 erreichten die Investitionen aus dem Ausland ihren Höhepunkt. Doch 2012 versiegten die Geldströme plötzlich: Kurz vor den Parlamentswahlen verabschiedete die Regierung ein neues Investitionsgesetz, das ausländischen Geldgebern strenge Auflagen machte. „Danach trocknete alles aus“, erinnert sich Jim Dwyer. Das Gesetz wurde dann zwar innerhalb weniger Monate von der neuen Regierung zurückgenommen. „Doch das Vertrauen der Investoren war und ist nachhaltig geschädigt“, sagt Dwyer, ein Amerikaner, der vorher in Manhattan arbeitete. Er versucht, die Geldgeber zur Rückkehr zu bewegen. „Wenn der Bau des zweiten Teils der Oyu-Tolgoi-Mine endlich beschlossen ist, kommen sie zurück“, ist er sich sicher.

Rund drei Milliarden Euro wird der Bau der zweiten Phase kosten. Oyu Tolgoi ist ein Gemeinschaftsunternehmen der mongolischen Regierung und des kanadischen Minenbetreibers Turquoise Hill Resources, der wiederum von Rio Tinto kontrolliert wird. Eine Deadline, bis zu der sich die Anteilseigner über eine Finanzierung des Baus einigen wollten, verstrich Ende März ohne Ergebnis. Die Verhandlungen stocken, weil der Minenkonzern klare Signale vonseiten der Regierung vermisst. Der Grund für dieses Zögern ist finanzieller Natur. Denn der Staat kann es sich eigentlich nicht leisten, seinen Anteil am Projekt zu tragen. Kay Priestly, Vorstandschef von Turquoise Hill, gab zuletzt bekannt, dass die Frist noch einmal verlängert werde. Bis zum 30. September soll nun eine Einigung erzielt werden. Premierminister Norovyn Altankhuyag hatte noch am 27. März in einem Brief an den Rio-Tinto-Chef Sam Walsh Entgegenkommen signalisiert. „Die andauernden Verhandlungen mit Rio Tinto haben dem Ruf der Mongolei als ein verlässlicher Partner für Unternehmen und Investoren wirklich geschadet“, gibt der stellvertretende Entwicklungsminister Ochirbat Chuluunbat zu.

Geschadet haben die Querelen auch dem Arbeitsmarkt. 1700 Bauarbeiter sind bisher entlassen worden, es wird weiter gewartet. Ein wenig Geduld scheint sich allerdings zu lohnen, lässt doch ein 26 Kilometer breites Band aus Kupfer auf noch größere Vorkommen in Oyu Tolgoi hoffen. „Die Mine könnte bis zu 100 Jahre laufen, es gibt Platz für eine Phase 3, 4 und 5“, sagt ein Mitarbeiter des Unternehmens. Er will anonym bleiben. OT, so nennen sie die Mine hier, ist ein sensibles Thema. Ursprünglich sollten die Bauarbeiten für den Untertagebau in Oyu Tolgoi schon 2015 beginnen. Das scheint nun eher unrealistisch, für die Investoren ist das Verstreichen der Frist ein schlechtes Omen. Am 30. April kündigte der Premierminister deshalb einen 100-Tage-Plan an, um die Wirtschaft anzukurbeln, Anfang Mai verabschiedete das Parlament ein Konjunkturpaket.





Rundbrief Mongolei Juni 2014

„Wir hängen alle in der Luft“, sagt Jim Dwyer vom Business Council of Mongolia. „Das wird so bleiben, bis die Regierung die Finanzierung absegnet.“ Bei Vollbetrieb könnte die Oyu-Tolgoi-Mine rund ein Drittel des mongolischen Bruttoinlandsprodukts ausmachen, 30 Milliarden Dollar oder mehr. Das sind umgerechnet 21,6 Milliarden Euro, viel für ein Land mit so wenigen Einwohnern. „Die Mongolei hat Rohstoffe im Wert von 2,1 Billionen Dollar“, sagt Dwyer, „Jeder Mongole ist also theoretisch Millionär.“ Das Land könne zum Abu Dhabi des Ostens werden, vorausgesetzt, jemand hebt den Reichtum. 5,6 Milliarden Dollar, rund vier Milliarden Euro, sollen die Exporte in diesem Jahr erreichen. Das ist mehr als noch im Vorjahr, als die Exporte nur 4,3 Milliarden Dollar, rund 3,1 Milliarden Euro, einbrachten. „Es wird langsam wieder besser“, sagt Dwyer.

Doch der Absturz war dramatisch: Von 2012 bis 2013 ging der Umsatz mancher Chemikalien um fast 100 Prozent zurück, der Autoabsatz brach um 50 Prozent ein, auch die Bauindustrie schrumpfte. „Das ist schon heftig“, sagt Laurenz Melchers, ein Deutscher, der seit vielen Jahren ein eigenes Unternehmen in der Mongolei hat. „Von einem Rekordjahr ging es für uns auf minus 50 Prozent“, sagt er, „das hat keiner erwartet.“ Um 54 Prozent nahmen die Auslandsinvestitionen 2013 ab, die Wirtschaft wuchs um 11,7 Prozent, 2012 waren es noch 12,4 Prozent gewesen. Dabei ist es vor allem die Regierung, die in den Augen der Unternehmen Probleme schafft. „Die Regierung lässt die Unternehmen nicht genug Geschäfte machen“, sagt Jim Dwyer über die Klagen, die er immer wieder hört. Nach Jahrzehnten der Beeinflussung durch Moskau ist die Mongolei seit 1990 eine Demokratie. „Doch die Regierung hilft uns nicht“, sagt Bayanjargal Byambasaikhan, „viele Gesetze werden von Leuten gemacht, die im Kommunismus aufgewachsen sind.“ Das ändere sich nur langsam. „Jetzt haben wir Leute, die im Westen ausgebildet wurden“, sagt Byambasaikhan. Er selbst hat knapp zehn Jahre in den USA gearbeitet, bevor er in die Mongolei zurückkehrte.

Auch Lkhagva Chinbat, ein Selfmade-Mann aus der Steppe, kritisiert die Regierung. „Sie verändert so viel“, sagt er, „wir können höchstens sechs Monate im Voraus planen.“ Das sei eine Folge der Demokratie, meint Bayanjargal Byambasaikhan. „Demokratie ist wie ein Berg, den wir erklimmen“, sagt der Mann mit dem breiten Gesicht, „wir sind den Konsens nicht gewöhnt.“ Er glaubt, dass sein Land das Vertrauen der Investoren zurückgewinnen kann. Das hofft auch Javkhlanbaatar Sereeter, der Generalsekretär der Regierungsagentur „Invest Mongolia“. Der Blick aus dem Fenster seines Büros in Ulan-Bator geht genau auf den Blue Sky Tower, eine blaue Scheibe im Stadtzentrum, ein Wahrzeichen des neuen Ulan-Bators. „Wir wollen vom Protektionismus weg“, sagt Sereeter, „Unser neues Investmentgesetz ist so liberal wie kein anderes in dieser Region.“ Es dauere nur noch fünf Tage, schwärmt er, eine Firma zu eröffnen. In diesen Wochen wirbt die Regierung nun mit einer „Roadshow“ in den USA und anderen Ländern, um Investoren zu überzeugen. Auf Dauer müsse die mongolische Wirtschaft auf ein breiteres Fundament gestellt werden. Die Abhängigkeit von Rohstoffexporten soll verringert werden. Die eingeschlossene Lage – die Mongolei ist von Russland und China umgeben, es gibt keinen Zugang zum Meer, keine großen Flüsse – könne auch ein Vorteil sein, so Sereeter. „Wir müssen unsere Infrastruktur verbessern, dann können wir auch besser liefern“, sagt er. Diese Investments sind allerdings bitter nötig. Auf rund 45 Milliarden Euro, schätzt die Trade and Development Bank in Ulaanbaatar den Investitionsbedarf für Infrastruktur in den kommenden fünf Jahren. Bislang hat die Mongolei nur einen Flughafen, den Chinggis Khan International Airport in Ulaanbaatar, mit einer Handvoll Flüge pro Tag. Es gibt nur wenige Straßen, die gut ausgebaut sind, schon auf dem Weg zum Flughafen sind es eher Staubpisten mit tiefen





Rundbrief Mongolei Juni 2014

Schlaglöchern denn richtige Straßen. 60 Prozent der in der Mongolei angemeldeten Fahrzeuge sind Geländewagen.

Ein großer Teil der Rohstoffe wird heute mit dem Zug transportiert. Doch die von Russland verlegten Schienen haben eine andere Spurbreite als die in China. „Es sind nur 85 Millimeter, die den Unterschied machen“, sagt Jim Dwyer. An der chinesischen Grenze müssen deshalb alle Züge umgeladen werden, zwölf Stunden und mehr gehen so verloren – und dass, obwohl die Oyu-Tolgoi-Mine nur wenige Dutzend Kilometer vom Grenzübergang entfernt liegt. Im Vergleich zu anderen Rohstoffexporteuren wie zum Beispiel Australien hat die Mongolei deshalb große Nachteile.

Die langen Wege sind auch für Firmen in anderen Branchen eine Herausforderung. Ein Großteil der Konsumgüter muss importiert werden, in der Mongolei gibt bis auf einige Kaschmirfabriken praktisch keine Fertigung. „Die Produkte sind deshalb 50 bis 200 Prozent teurer als in China“, sagt Dashdavaa Hulan, eine mongolische Unternehmerin. Ihre Firma, die Tavan-Bogd-Gruppe, handelt mit Autos von Volkswagen und Mitsubishi, ihr gehören das Kempinski-Hotel und das Ramada in Ulan-Bator. Daneben betreibt die schmale Frau mit den orangefarbenen lackierten Nägeln drei Kentucky-Fried-Chicken-Restaurants. Noch in diesem Jahr will sie Pizza Hut nach Ulaanbaatar bringen. Auf dem KFC-Menü stehen seit Kurzem auch Eggerts, süße Eierkuchen, wie sie auch in China angeboten werden. „Das ist ein riesiger Kraftakt“, sagt die 46-jährige Hulan. „Ich kann die Zutaten containerweise bestellen, wir verbrauchen aber keinen ganzen Container.“ Sie ordert deshalb einen halben Container und zahlt trotzdem für einen ganzen. „Wir haben nicht nur weite Wege, sondern auch zu wenig Konsumenten“, sagt Hulan.

Ganz viele Konsumenten gibt es hingegen in China. Der Umgang mit dem großen Nachbarn im Süden ist ein ganz schwieriges Thema. „Wir hassen die Chinesen“, sagt Banzragch Khulan, eine Mongolin, die mit ihrer Tochter in Ulaanbaatar lebt. Aus dem Grund dürften die Chinesen, die auf den Baustellen im Land arbeiten, die Grundstücke nicht verlassen. „Das ist besser so, sonst werden sie am Ende noch gelyncht“, sagt Khulan. Sie lacht nicht, als sie das sagt. „Die Chinesen sind hier nicht sehr angesehen“, drückt es Jim Dwyer von der Wirtschaftskammer etwas diplomatischer aus. Fakt ist, die Nachbarn werden allerorten angefeindet. Viele Mongolen haben geradezu Angst vor ihnen, da sie das Land über Jahrhunderte fremdbestimmten.

Gleichzeitig wissen die Mongolen, dass sie von den Weltmarktpreisen und damit von den Chinesen abhängig sind. 90 Prozent der mongolischen Exporte gingen im ersten Quartal 2014 nach China. „Man weiß, dass China der wichtigste Kunde ist“, sagt Dwyer. Das soll sich zwar ändern. Auf Dauer will die Mongolei nicht mehr so abhängig von nur einem Land sein. Doch ob die Umorientierung gelingt? Auch Lkhagva Chinbat ist skeptisch. „Ohne China würden wir hier verhungern“, sagt der Unternehmer. „Wir sollten uns eingestehen, dass China unser wichtigster Markt ist.“ Doch auch die Gelder aus der benachbarten Volksrepublik versiegten, als das unbeliebte Investitionsgesetz in Kraft trat. Ein großes Geschäft, im Zuge dessen die Chinesen eine Mine übernehmen wollten, platzte. „China erteilt der Mongolei gerade eine Lektion“, sagt Laurenz Melchers, der Deutsche. „Die Mongolen müssen die Chinesen anders behandeln.“

Dabei steht ihnen allerdings oft der stark ausgeprägte Nationalstolz im Weg. So wird etwa Dschinghis Khan, der im 13. Jahrhundert halb Europa eroberte, noch heute von allen Mongolen abgöttisch verehrt. „Die Leute hier halten sich wegen dieser Vergangenheit für





Rundbrief Mongolei Juni 2014

etwas besonderes", sagt Brian White, ein Amerikaner, der seit zehn Jahren in Ulaanbaatar wohnt. Er ist einer von rund 10.000 Ausländern in der Stadt. „Die Menschen hier glauben, sie haben die Welt erobert.“

Dass das schon viele Jahrhunderte her ist, scheint niemanden zu stören.

7. Das Ende der Rohstoff-Party

Unter diesem Titel beschreibt ntv am Beispiel der australischen Stadt Moranbah, wie das Fallen der Rohstoffpreise weltweit aktuell und immer wieder die Träume vom sicheren Reichtum durch Verkauf der Rohstoffe zum Platzen bringen. Gerade für eine Politik wie die der mongolischen Regierung, nahezu auf den Verkauf der Ressourcen zu setzen, sollte dies eine eindeutige Warnung sein.

<http://www.n-tv.de/wirtschaft/Wenn-eine-Stadt-am-Abgrund-steht-article12997066.html>

Das Ende der Rohstoff-Party

Samstag, 14. Juni 2014

Wenn eine Stadt am Abgrund steht

Mit dem abnehmenden Ressourcenhunger Chinas fallen Bergbauorte weltweit in ein unerwartetes Loch. Beispielhaft ist das Städtchen Moranbah im Nordosten Australiens, wo nach einem wahren „Kohlerausch“ nun ein gewaltiger Kater droht.

Vor zwei Jahren, so Immobilienmaklerin Bella Exposito, verkaufte sie bis zu 25 Häuser am Tag – weil steigende Kohlepreise Arbeiter und Investoren gleichermaßen in das kleine Städtchen Moranbah in Australiens Outback lockte. Bis zum Mai dieses Jahres hat sie drei verkauft. Ein Haus nahe ihres Büros wurde einst für umgerechnet gut 5000 Euro im Monat vermietet, als die Kohleindustrie der Region boomte – jetzt steht es schon seit einem Jahr leer.

Auch die Geschäfte in der Innenstadt sind tot. Im Café 17, einem lokalen Diner, in dem es Eier und Bohnen zum Frühstück gibt, findet sich an manchen Tagen kein einziger Besucher.

„In dieser Stadt wird viel gelitten“, sagt ein Bergarbeiter, der bei Goonyella Riverside arbeitet, einem von BHP Billiton und Mitsubishi betriebenen Kohlebergwerk: Die Mine gehört zu den zahlreichen Werken, die im vergangenen Jahr Arbeiter entlassen haben. „Es fühlt sich so an, als ob sie langsam ausblutet.“ So sieht es aus, wenn nach einem Jahrzehnt steigender Rohstoffpreise die Party plötzlich vorbei ist.

Jahrelang brachte der globale Hunger nach Kohle, Eisenerz, Kupfer und anderen Rohstoffen viel Geld in Bergbaustädte rund um die Welt. Die Rohstoffnachfrage half rohstoffreichen Volkswirtschaften von Peru über die Mongolei bis zu Indonesien auch insgesamt. In Australien, wo die Rohstoffindustrie ein Schwergewicht ist, half der Boom, eine Rezession zu verhindern, während andere entwickelte Volkswirtschaften in den vergangenen Jahren in eine tiefe Krise verfielen.





Rundbrief Mongolei Juni 2014

Doch in jüngster Zeit sind die Rohstoffpreise gefallen – in einigen Fällen dramatisch. Grund dafür ist die Abkühlung der chinesischen Wirtschaft, wo sich das Wachstum der Rohstoffimporte verlangsamt hat, und das steigende Angebot von Minen, deren Bau zu Zeiten des Rohstoffbooms geplant wurde.

Der Preis für Kohle zur Stahlproduktion ist seit Anfang 2012 um rund die Hälfte auf 110 US-Dollar pro Tonne gefallen – das niedrigste Preisniveau seit sieben Jahren. Die Preise für Eisenerz sind auf unter 95 Dollar pro Tonne gefallen – in der Spitze, im Jahr 2011, waren es einmal 190 Dollar. Auch die Preise für Kupfer, Gold und andere Rohstoffe sind gefallen.

Starke Abhängigkeit vom Bergbau

Auch wenn die Preise insgesamt höher sind als vor zehn Jahren und Optimisten auf eine Erholung hoffen, ist das Rohstoffpreisniveau soweit gefallen, dass einige Bergwerke heute Geld verlieren. Rohstoffriesen wie BHP, Rio Tinto und Anglo American haben Anlegern daher versprochen, Milliarden von Dollar einzusparen, um ihre Profite zu sichern und mehr Gewinn an die Aktionäre ausschütten zu können.

In der Konsequenz bedeutet das Bergwerksschließungen, eine Verzögerung neuer Projekte und Entlassungen in Gemeinden, die von dem Boom einst profitierten. Auch wenn es nicht allen Bergbaustädten so schlecht geht wie dem australischen Moranbah – der Abschwung ruft Erinnerungen wach, wie gefährlich eine zu starke Abhängigkeit von Rohstoffen sein kann – selbst an Orten, die vor kurzem noch wirtschaftlich blühten.

In Südafrika haben Förderer von Platin, Gold und Kohle Tausende Stellen gestrichen – darunter in kleineren Gemeinden wie Carletonville westlich von Johannesburg. Führende Köpfe der Gemeindeverwaltung äußerten in ihrem jüngsten Jahresbericht Reue angesichts der „problematischen“ Überabhängigkeit vom Bergbau. Auch Südafrika leidet unter dem Ausfall von Gebühren aus Schürfrechten und Pachtverträgen, die in dem im März 2013 beendeten Fiskaljahr 20 Prozent zurückgegangen sind.

Insgesamt ist das Wirtschaftswachstum Südafrikas vergangenes Jahr auf 1,9 Prozent zurückgefallen, auch weil die Einnahmen aus dem Rohstoffverkauf zurückgegangen sind. Das höchste Wachstum der 2000er erreichte Südafrika 2006 mit einem Zuwachs von 5,6 Prozent.

Kaum Ersatz für die Einkünfte und Arbeitsplätze

Zwischen Queensland's Hauptstadt Brisbane und dem Tropenort Cairns gelegen ist Moranbah weit von Einnahmequellen wie Tourismus oder Industrie entfernt. Zwischen Queensland's Hauptstadt Brisbane und dem Tropenort Cairns gelegen ist Moranbah weit von Einnahmequellen wie Tourismus oder Industrie entfernt.

In Brasilien, dessen Volkswirtschaft vor allem durch die Ausbeutung von Eisenerz und anderen Rohstoffexporten boomte, gehen Ökonomen in ihren Prognosen nun von einem Mini-Wachstum von nur 1,5 Prozent in diesem Jahr aus – verglichen mit 7,5 Prozent im Jahr 2010. Arbeitsplätze in Minen an Orten wie Parauapebas – ein Städtchen, das am Rande des Amazonas entstand, als der Rohstoffgigant Vale SA in den 1980er Jahren begann, an den nahegelegenen Carajas-Hügeln Eisenerz abzubauen – sind selten geworden.





Rundbrief Mongolei Juni 2014

„Ich wohne hier seit 1997 und noch nie gab es einen derartigen Mangel an Arbeit“, sagte der 38-jährige Mechaniker Benildo Oliveira dos Santos, während er Ende vergangenen Jahres in einer Schlange vor einem Arbeitslosen-Büro wartete.

In Australien fällt es der Regierung schwer, einen Ersatz für die Einkünfte und Arbeitsplätze zu finden, die der Rohstoffboom ermöglichte, von dem viele angesichts des Rohstoffhungers Chinas glaubten, dass er noch Jahre anhalten würde. Eisenerz und Kohle sind die beiden wichtigsten Exportgüter des Landes – acht der zehn größten Exportgüter sind Rohstoffe. In der Spitze des Rohstoffbooms vor einigen Jahren waren Arbeitskräfte so knapp, dass die Lastwagenfahrer, die die Minen belieferten, Gehälter von 200.000 australischen Dollar im Jahr (rund 138.000 Euro) fordern konnten.

In den vergangenen anderthalb Jahren wurden in der australischen Bergbaubranche rund 30.000 Stellen gestrichen, schätzt der Rohstoff-Personalberater Jody Elliott Consulting. Das vergangene Jahr war das schlechteste im Bezug auf die Arbeitsmarktentwicklung in Australien seit fast zwei Jahrzehnten – vor allem aufgrund der Schwäche des Rohstoffsektors. Die landesweite Arbeitslosenquote erreichte kürzlich das Zehn-Jahreshoch von 6,1 Prozent.

Doch Australiens Wirtschaft wächst noch immer: Vergangenes Jahr konnte sie 2,4 Prozent zulegen. Den jüngsten Höhepunkt des Wirtschaftswachstums verzeichnete Australiens Wirtschaft 2007, als das Bruttoinlandsprodukt um 4,5 Prozent zulegte. Doch für die Regierung wird es schwieriger, die Löcher im Haushalt ohne die stark ansteigenden Schürfggebühren zu stopfen. Für das aktuelle Fiskaljahr, das am 30. Juni endet, rechnet die Regierung mit einem Haushaltsloch von rund 47 Milliarden australischen Dollar. Die Investitionen in Rohstoffprojekte gehen derzeit so stark zurück wie seit 14 Jahren nicht mehr.

Regierung versucht gegenzusteuern

Mit am stärksten leidet der kohlereiche Bundesstaat Queensland, in dem auch Moranbah liegt, unter der Bergbaukrise. Fast 10.000 Kohlekumpel wurden laut dem Queensland Resources Council entlassen, da viele Bergwerke mit Verlusten arbeiten.

Die Regierung des Bundesstaates muss nach eigener Schätzung im Fiskaljahr bis Juni 2013 mit 650 Millionen australischen Dollar weniger Einnahmen durch Gebühren rechnen, die damit auf 2,1 Milliarden australische Dollar fallen würden.

Kein großer Komfort, aber heiß begehrt: In den 2000er Jahren wuchs die Einwohnerzahl des Bergbaudorfes Moranbah mitunter um über 1000 Menschen jährlich. (Foto: REUTERS)

Der Bundestaat ist mit einem festen Anteil am Verkauf von Rohstoffen beteiligt, die dieser im Gegenzug für das Recht, die Ressourcen des Landes auszubeuten, erhebt. Um gegenzusteuern haben Regierungsbeamte Pläne, die Einkommensteuern zu senken, verschoben und planen den Verkauf von Straßen und andere Maßnahmen, um den Haushalt auszugleichen.

Für Moranbah, ein kleines Städtchen 965 Kilometer nördlich von Brisbane, das inmitten von Kuhweiden, Gestrüpp und Gummibäumen liegt, ist der Niedergang mit einigen Härten verbunden. Der Kohlebergbau ist derart verwurzelt hier, dass der lokale Zeitungskiosk Postkarten von Loren und Bergarbeiter-Ausrüstungen wie Zuglein-Maschinen verkauft,





Rundbrief Mongolei Juni 2014

mit der Hunderte Tonnen Gestein in einem Zug transportiert werden können. Auf dem örtlichen Kindergarten prangt gar ein Kipplaster als Logo.

Die Stadt wurde 1969 für die Arbeiter lokaler neuer Bergwerke in der Region wie Goo-nyella von Utah Development gegründet, ein Unternehmen, das 1984 von BHP Billiton übernommen wurde.

Asiens Hunger auf Kohle löste Boom aus

In den 1970er und 1980er Jahren wurden weitere Bergwerke eröffnet – und Moranbah wuchs trotz des wenig gastlichen Klimas im Sommer von 40 Grad und mehr schnell. Die Anwohner fühlten sich dennoch schnell heimisch und waren stolz auf ihre wachsende Stadt, die mehrere „Tidy Towns“ – Preise für besondere Sauberkeit des Keep Australia Beautiful Councils gewann. 1982 war ein wichtiges Jahr in der Stadtgeschichte, als der erste Friedhof eröffnet wurde, wodurch erstmals Leichen nicht mehr aus der Stadt transportiert werden mussten, um ihre letzte Ruhestätte zu finden.

Nach einer Phase der Stagnation in den 1990er Jahren setzte sich das Wachstum in den 2000ern fort, als Asiens Hunger auf Kohle zu wachsen begann und die Preise stiegen. Das erste McDonald's öffnete und die lokale Bevölkerung wuchs um mehr als 1.000 Anwohner pro Jahr, darunter auch Saisonarbeiter, die bei besonders großer Auslastung der Minen extra eingeflogen wurden.

Die Eigentümer des Moranbah Community Workers Club, eine Bar und ein Bistro mit Flachbildfernsehern und Designer-Stühlen, liehen sich 2012 und 2013 insgesamt 5 Millionen australische Dollar für eine Renovierung, darunter auch für einen 100.000 australische Dollar teuren neuen Lagerraum für Bier. Damals gingen die Immobilienpreise durch die Decke angesichts der Tatsache, dass die lokalen Bergwerke rund um die Uhr arbeiteten.

„Wir dachten uns: Endlich, wissen Sie, werden wir alle etwas erreichen“, sagt Leanne Ellis, die das Café 17 betreibt und seit 26 Jahren in der Stadt wohnt. Doch fast so plötzlich wie der Boom kam, war er auch schon wieder vorbei.

Das Joint-Venture von BHP und Mitsubishi namens BMA, der größte Arbeitgeber vor Ort, schloss 2012 seinen nahegelegenen Norwich Park und das Gregory-Bergwerk, wodurch 1.200 Arbeitsplätze verloren gingen. Inzwischen streicht das Unternehmen 230 weitere in seiner Saraji-Mine eine halbe Stunde südlich der Stadt – auch wenn es in Aussicht stellte, dass einige der Angestellten woanders einen Job finden könnten.

Einnahmen und Reserven gehen zurück

Insgesamt hat BMA die eigene Belegschaft in den Bowen Basin – eine Reihe von Minen in der Nähe von Moranbah – von rund 10.000 Angestellten und Vertragsarbeitern auf insgesamt rund 7.000 Arbeiter reduziert. Auch andere Unternehmen – darunter Arrow Energy, ein Joint-Venture von Royal Dutch Shell und Petro-China, das ein Kohleflöz-Gasfeld in der Nähe betreibt – haben Mitarbeiter entlassen. Und mit dem allgemeinen Niedergang der Stadt mussten auch viele Ladenbesitzer und andere kleine Geschäfte Mitarbeiter entlassen, die auf das Geld durch den Rohstoffabbau angewiesen waren.





Rundbrief Mongolei Juni 2014

Rohstoffunternehmen haben ihre Ausgaben bis Juni 2013 auf rund 1,6 Milliarden australische Dollar reduziert – ein Jahr zuvor waren es noch 1,8 Milliarden australische Dollar, geht aus Daten der lokalen Industrie hervor.

Laut dem Isaac Regional Council, eine Regierungseinrichtung für mehrere Städte in der Region, sind die jährlichen Einnahmen durch Steuern und andere Einnahmen im vergangenen Fiskaljahr auf 142,9 Millionen australische Dollar gefallen. Im Jahr zuvor waren es noch 147,6 Millionen australische Dollar. Auch die Bargeldreserven sind stark gefallen. Als Reaktion darauf hat das Council das Budget für Infrastrukturmaßnahmen zusammengekürzt und die Steuern für Hausbesitzer angehoben.

Viele Einwohner haben ganz aufgegeben. Moranbahs Einwohnerzahl ist im vergangenen Fiskaljahr von 13.575 auf 12.865 gefallen und wird Behördenangaben zufolge in diesem Jahr vermutlich weiter fallen. Die örtliche Football-Mannschaft, die Moranbah Bulldogs, hat teilweise sogar Probleme, genug Spieler aufzustellen.

Besitzer von Immobilien, die einst mit einer Million australischen Dollar bewertet wurden, können heute froh sein, wenn sie noch die Hälfte bekommen, sagt die Maklerin Exposito. Rund 300 der 4.000 Immobilien in Privatbesitz stehen ihr zufolge leer.

Viele kleine Initiativen für mehr Leben in der Stadt

Exposito ist in Nordspanien aufgewachsen und sagt, sie liebe das Gemeinschaftsgefühl in Moranbah. Sie hasse den Gedanken, dass das Städtchen verschwinden könnte. Die Maklerin landete in ihren 20ern in Moranbah, nachdem sie nach Australien ausgewandert war und auf der Suche nach einer Gemeinde ohne Makleragentur war. Inzwischen müsse sie die Hälfte ihrer Zeit damit verbringen, deprimierte Anwohner zu trösten, sagt sie. Allerdings habe sie auch eigene Sorgen: Exposito besitzt 20 Immobilien – fünf davon stehen leer.

Im Café 17 am anderen Ende der Straße klagt Besitzerin Ellis, dass sie heute nur noch zwei Mitarbeiter am Tag benötige – statt wie früher fünf. Ihr Mann Michael, der in diesem Jahr seinen fünfzigsten Geburtstag feiert, gehört zu jenen Minenarbeitern, die ihren Job verloren haben. Derzeit diskutieren sie darüber, die Stadt zu verlassen.

„Mein Mann und ich lieben Moranbah, es ist unsere Stadt“, sagt Ellis, die in einer kleineren Gemeinde aufwuchs und vor 19 Jahren in die Stadt zog. Sie erinnert sich an viele kleine Initiativen, um das Leben in der Stadt zu verbessern – darunter ein Zusammenschluss mit Händlern, um den Stadtrat davon zu überzeugen, die Einkaufsstraße mit Musik zu beschallen. „Wir kümmern uns hier umeinander“, sagt sie, während „I Say A Little Prayer“ von Aretha Franklin aus den Lautsprechern schallt.

Ein Thema unter Lokalpolitikern ist die Ansiedlung neuer Branchen. Die Ideen reichen dabei von Tourismus über Militärtechnik bis zur Produktion von Algen für die Biospritproduktion. Doch nur wenige Investoren zeigen Interesse für einen Ort, der so abgelegen liegt und daher mit hohen Kosten verbunden ist.

Immerhin liegt unter Moranbah noch Kohle für über Hunderte Jahre Abbautätigkeit. Die Aussichten für einige der ältesten Bergbaustädte der Welt, darunter jene in der Appalachen-Region der USA, sind düsterer, weil ihnen langsam die Kohle ausgeht.





Rundbrief Mongolei Juni 2014

„Augen zu und durch“

Das gibt Politikern Hoffnung, dass es sich doch nur um eine schmerzhaft Phase handeln könnte, durch die Stadt gehen muss – insbesondere, falls sich Chinas Wirtschaft wieder stabilisiert und die Nachfrage nach Importkohle wieder schneller wächst als das weltweite Angebot. Einige Experten rechnen damit, dass dies in einigen Jahren der Fall sein könnte.

Ashley Dowd, der 38-jährige Leiter des Moranbah Community Workers Club, sagt, dass es Jahre dauern werde, bis die Schulden für die jüngste Renovierung seiner Bar abbezahlt sind. Viele der arbeitslosen Minenarbeiter bewerben sich bei ihm, sagt er – aber er könne selbst nicht viel Arbeit anbieten. Seinen Mitarbeiterstab musste er von 20 auf 15 reduzieren, weil die Stadtbewohner immer seltener in seinem Lokal vorbeischaun, um die in Jack Daniel's getränkten Schweinerippchen zu genießen. „Augen zu und durch – und diese Phase so gut überstehen wie wir eben können“, beschreibt Dowd sein Motto.

Quelle: n-tv.de , Rhiannon Hoyle, DJ

